



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Flucht vom Lande. 1

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

septisch zu sein, hier aber kommt es auf ein paar tausend Exemplare mehr oder weniger gar nicht einmal an. Es wird demnach zugegeben werden müssen, daß unser warnender Ruf berechtigt war; oder wird jemand im Ernst Johanna Ambrosius auf dieselbe Stufe mit Eduard Mörike oder mit dem Dichter der „Elisabeth,“ der „Nachtigall,“ der „Stadt am Meer“ heben?

Wir stellen unsre Meinung nicht als ein Apostolikum hin und überlassen es einem jeden, ob er ihr beipflichten wolle oder nicht. Das Recht aber, ein unabhängiges Urteil zu fällen, lassen wir uns auch von unsern Gegnern nicht verkümmern. Wohin soll eine so unerhörte Bevormundung von Publikum und Kritik führen, wie sie von seiten der Herren Schrattenthal und Genossen ausgeübt wird? Die scharfen Bemerkungen der von ihnen „herausgegebenen“ Dichter über die Kritiker, die mit Reserve loben oder sich gar erlauben, ein von dem großen Schwarme durchaus abweichendes Urteil zu haben, kehren so regelmäßig wieder, daß man nur annehmen kann, es läge eine Art Verhezung vor. Fast in der gesamten Presse Deutschlands ist für Johanna Ambrosius eine beispiellose Reklame gemacht worden, trotzdem erklärt die Dichterin, daß sie gar nicht für „Kritikerohren“ geschrieben habe, und neuerdings versteigt sie sich in den Gedichten „Was wollt ihr“ und „Es sind die schlechtesten Früchte nicht“ zu Äußerungen, die als ungehörig zurückgewiesen werden müssen. Da ist die Rede von den „Krähen,“ die ihr „teuflich Gericht“ halten, von dem „Gezeter“ der „Höllengestalten,“ von den „kleinen, dummen Wichten,“ die „doch auch leben wollen“ usw. Warum muß neidisch und mitleidlos sein, wenn die Gesamtheit mehr gilt als das Schicksal eines Einzelnen? Wir geben Johanna Ambrosius, was der Johanna Ambrosius ist, behaupten aber, daß sie höchstens ein Stern zweiter Größe ist, und daß man sie dereinst auch als einen solchen erkennen und bezeichnen wird. Mit dem einst ist uns aber nicht gedient. Herdengeschmack und Modethorheiten waren immer und sind auch heute eine große Gefahr für das künstlerische Leben eines Volkes, und wer hätte in höherm Maße Recht und Pflicht, sie zu bekämpfen als die Kritik? Jedermann im lieben deutschen Vaterlande aber darf, solange er nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gerät, frei seine Meinung äußern. Und dem Kritiker wollte man es verwehren?

U. K.



## Die Flucht vom Lande

### 1



enau vor sechsundzwanzig Jahren, das heißt vom 29. April bis 1. Mai 1872, tagte in Berlin eine „Konferenz ländlicher Arbeitergeber.“ Die von ihr für die Behandlung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage aufgestellten Grundsätze sind ein ehrenvolles Zeugnis von dem Verständnis der Konferenzmitglieder und ihrem guten Willen, zu helfen, wo Hilfe not thut, und sie sind auch heute noch als das beste Programm praktischer Reformen der ländlichen Arbeiterverhältnisse, namentlich für Nord- und Ostdeutschland, zu bezeichnen, um so mehr, als leider von

dem, was sie vorschlugen, das hauptsächlichste nicht durchgeführt, ja kaum versucht worden ist. Vor allem wurde eine gesteigerte Fürsorge für die Erziehung der Arbeiterbevölkerung verlangt, und dabei natürlich auch für die Schule und für den Schulbesuch. Die Errichtung von mehr Schulen wurde gefordert, Aufbesserung der Lehrergehälter, Verminderung jeder Beeinträchtigung des Schulbesuchs durch die Heranziehung der Kinder zur Arbeit während der Schulzeit, Einführung von Handarbeitsunterricht für die Mädchen, Einrichtung von Kleinkinderschulen da, wo die Mütter regelmäßig auf Arbeit gehen, von Fortbildungsschulen, womöglich mit obligatorischem Besuch für die jungen Leute mindestens bis zum sechzehnten Lebensjahre. Warm wurde auch den Geistlichen, Patronen und Gemeindefkirchenräten ans Herz gelegt, den Arbeitern in vollkommener Weise den erziehenden Einfluß zu teil werden zu lassen. Die Landgeistlichen sollten ihnen mehr als bisher als „treue Seelsorger“ und mit praktischem Rat auch für die „realen Verhältnisse des Lebens“ zur Seite stehen, die Arbeitgeber es als Pflicht betrachten, den Kirchenbesuch der Arbeiter in jeder Beziehung zu erleichtern und zu fördern. Es sei für Volksbibliotheken zu sorgen. Namentlich habe der Arbeitgeber es als seinen „Beruf“ anzuerkennen, daß er auf das Gesinde erziehend einwirke, was aber nicht möglich sei, wenn er ihm nicht persönlich Teilnahme zuwende und dadurch zeige, daß ihm das Wohl und das Wehe jedes Einzelnen am Herzen liege. Er müsse in seinem eignen Familienleben den Arbeitern ein gutes Beispiel geben und darauf auch bei seinen Beamten halten. Es sei dahin zu streben, daß die Arbeiterfrauen mehr als bisher dem häuslichen Herde erhalten würden. Eine angemessene Abkürzung der vielfach üblichen Arbeitszeiten ländlicher Tagelöhner sei für deren materielle, geistige und sittliche Hebung eine Notwendigkeit. Wenn auch eine direkte Lohnerhöhung vielen Arbeitgebern zur Zeit unerschwinglich sei, so könne durch Lantienelöhnung neben einem festen, zum Lebensunterhalt der Arbeiterfamilie ausreichenden Lohnsatz für den Arbeiter immerhin die Möglichkeit geschaffen werden, etwas zu sparen. Auch Akfordlöhnung sei unter Umständen zu empfehlen. Der Lohn solle teils in Geld, teils in Naturalien gezahlt werden. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter entsprächen im allgemeinen noch keineswegs den Ansprüchen der Humanität und den Verpflichtungen, die die Arbeitgeber zu tragen hätten. Vieh-, Feuer-, Kranken- und Altersversicherungskassen für Arbeiter seien zu schaffen, ebenso Sparkassen usw. Ganz besonders aber sei dem ländlichen Arbeiter die Möglichkeit zu geben, selbst Grundeigentum zu erwerben. Die Konferenz beschloß nach dieser Richtung hin, soweit staatliche Maßnahmen dazu erforderlich schienen, sofort bei der preussischen und den beiden mecklenburgischen Regierungen vorstellig zu werden. Zum Schluß — auch das verdient hervorgehoben zu werden — richtete die Konferenz an den Reichskanzler die Bitte um die Errichtung eines „Arbeitsamts“ mit den erforderlichen Unterämtern für das Deutsche Reich.

Was mir vor sechsundzwanzig Jahren dieses Programm ehrlich konservativer, zumeist als Großgrundbesitzer im praktischen landwirtschaftlichen Erwerbsleben stehender, hochgebildeter Männer wertvoll gemacht hat und erst recht heute wertvoll macht, das ist die auf richtigem Verständnis unsrer ländlichen Verhältnisse begründete Forderung, nicht etwa nur der gewöhnlich mit dem Schlagwort Selbsthilfe bezeichneten Anzahl äußerlicher Maßregeln und Einrichtungen, die die Arbeitgeber treffen sollten, sondern vor allem der „sozialen Gesinnung,“ in der die Besitzenden und Gebildeten auf dem Lande im Osten und Nordosten Deutschlands weit zurückstehen hinter dem Westen und Süden. Da lag der Fehler, dem abgeholfen werden mußte, und da liegt er leider noch heute. Nur wenn es gelang, den „Herren“

auf dem Lande, den Rittergutsbesitzern, Großbauern und Pastoren eine andre Auffassung von ihrer sozialen Stellung und Pflicht gegenüber der Arbeiterbevölkerung anzuerziehen, nur dann war die Gefahr der Landflucht der Besitzlosen zu beschwören. Aber der Appell der Konferenz vom Jahre 1872 ist in den Wind geschlagen worden. Dank der staatssozialistischen Einseitigkeit der letzten zwanzig Jahre sind unsre Agrarier vorläufig noch weiter als jemals entfernt von sozialer Gesinnung, und sind auf der andern Seite unsre politischen Pastoren vorläufig noch daran, den alten unseligen Zwiespalt zwischen Herren und Arbeitern im Osten der Elbe eher zu verschärfen als zu mildern. Was auch von äußerlichen Maßregeln im Sinne des Programms von 1872 versucht worden ist, die völlige Vernachlässigung dieses Hauptpunkts hat den notwendigen Erfolg gehabt, daß die Landflucht der Arbeiterschaft die Ostprovinzen dem Polentum zurückzugeben droht, dem gegenüber sich die Grundherren der unbequemen Änderung ihrer sozialen Anschauungen und Pflichten noch auf weitere hundert Jahre entschlagen dürfen. Der Ultramontanismus findet dabei natürlich seine Rechnung. Er wird ein nach slawischen Unterthanen verlangendes preußisches Junkertum, wo es immer praktisch in Frage kommt, ganz ebenso wirksam unterstützen, wie er es in den deutschen Ländern der habsburgischen Krone gethan hat. Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage hat sich in Ostpreußen zu einer sozialen und nationalen Frage von höchster Bedeutung ausgewachsen, und an den Erben der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern ist es, in ihrer Lösung dem ruhmreichen Wirken der Ahnen ein Denkmal zu setzen, damit Preußen die Schmach erspart bleibt, unter der Oesterreich darniederliegt.

Veranlaßt durch eine Interpellation des ultramontanen Abgeordneten Szmulca, hat sich das preußische Abgeordnetenhaus kürzlich mit dieser wichtigen sozialen und nationalen Frage beschäftigt. Der Verlauf der Verhandlungen war gänzlich unfruchtbar, aber vielleicht gerade deshalb für den Stand der Sache recht bezeichnend.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die deutsche, und vor allem die ostdeutsche Landwirtschaft zur Zeit schwer unter der Landflucht der einheimischen Arbeiter zu leiden hat und sich in dieser augenblicklichen Notlage nicht selbst zu helfen weiß. Der Wagen ist in den Sumpf gefahren durch die alten Sünden, und die neuen verschärfen die verhängnisvollen Wirkungen der alten. Wie die Sachen liegen, kann man in manchen Kreisen, wieder namentlich der Ostprovinzen, ohne polnische Wanderarbeiter vorläufig nicht auskommen. Zum Teil bilden diese den Ersatz für die aus dem deutschen Osten nach dem Westen ziehenden „Sachsengänger,“ zum Teil dringen sie auch selbst weit über die östlichen Grenzprovinzen nach Westen vor. Hat man es verabsäumt, dem heillosen Unfug der Sachsengängerei — er ist zum guten Teil eine Bescherung nicht der Freizügigkeit, sondern des Rübenzucker-schwindels — rechtzeitig, schon in den siebziger Jahren, entgegenzutreten, so ist man jetzt natürlich nicht imstande, auf einmal den russisch-polnischen Wanderarbeitern die Grenze zu versperren. Man muß sie vorläufig als ein notwendiges Übel gewähren lassen, aber man sollte angesichts des Unheils, das schon entstanden ist, und des noch größeren, das zu entstehen droht, erstens die polnischen Zuzügler auf das geringste Maß einzuschränken suchen und ihre Ansiedlung in Deutschland rücksichtslos verhindern und zweitens unverzüglich und energisch daran gehen, durch Reformen im Lande die völlige Aussperrung der fremden Wanderarbeiter wieder zu ermöglichen.

Der ersten Aufgabe gerecht zu werden, ist die preußische Regierung bisher grundsätzlich bemüht gewesen, wenn auch thatsächlich dieser löbliche Grundsatz vielfach auf dem Papier geblieben ist, d. h. die zur Kontrolle der polnischen Eindringlinge erlassenen Vorschriften mangelhaft oder gar nicht gehandhabt werden. Es wird sich

vorläufig kaum etwas dagegen einwenden lassen, daß die Regierung nach der Erklärung des Landwirtschaftsministers bei der Szmulaschen Interpellation, auch fernerehin polnische Arbeiter zuzulassen und ihnen Aufenthalt bis zum 1. Dezember, statt wie bisher nur bis zum 15. November, zu erlauben gewillt ist. Ganz entschieden wird man aber verlangen müssen, daß fortan die Kontrolle des An- und Abzugs streng gehandhabt wird, damit sie ihren Zweck erfüllt. Ist sie unpraktisch eingerichtet, so muß sie eben praktisch umgestaltet werden. Daß die preussische Regierung zur Zeit nicht daran denkt, den Wünschen des Interpellanten zu entsprechen, das scheint nach den Erklärungen des Ministers sicher. Diese Wünsche laufen aber auch auf nichts mehr und nichts Zweniger hinaus, als auf die absolute Freiheit des Zuzugs und der Ansiedlung der zur Invasion jederzeit bereiten polnisch-katholischen Arbeitermassen auf deutschem Boden.

So erfreulich es ist, daß die Regierung wenigstens so weit die deutschen Ostprovinzen vor der Polonisierung und die altpreussischen Rittergutsbesitzer und Großbauern vor ihrer eignen Schwäche zu schützen entschlossen scheint, so unerfreulich ist meines Erachtens das, was die Erklärungen des Ministers über die Stellung der Regierung zu der zweiten, unendlich wichtigeren Aufgabe, d. h. der Erhaltung der deutschen Arbeiter im Osten, erkennen ließen. Der Minister hat sich dagegen verwahrt, daß, wenn die von ihm verlesene Erklärung der Staatsregierung nur von einem „vorübergehenden“ Mangel an Arbeitern spräche, damit einer weniger ersten Auffassung der Lage Ausdruck gegeben sein sollte. Er wollte das Wort „vorübergehend“ nur dahin aufgefaßt wissen, daß eigentlich bei dem starken Wachstum der Bevölkerung in Deutschland Arbeitskräfte sowohl für das Gewerbe wie für die Industrie genügend vorhanden sein müßten, wenigstens unter „normalen Verhältnissen“ — d. h. „wenn eine richtige Verteilung der Arbeitskräfte sich als möglich erweise.“ Er sei der Ansicht, „daß immerhin eine richtigere Verteilung der Arbeitskräfte anzustreben sein dürfte, eine richtigere Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte zwischen Stadt und Land, Landwirtschaft und Industrie.“ Der Minister konnte wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß, auch wenn er es selbst anders gemeint hätte, diese Worte von den Landwirten nur dahin aufgefaßt werden würden, daß sich der Staat als solcher dieser richtigern Verteilung zu unterziehen habe, indem er die landwirtschaftlichen Arbeiter auch dort auszuhalten veranlasse oder zwingt, wo es ihnen nicht gefalle. Vollends bestärkt mußten die ostdeutschen Landwirte in dieser Auffassung von den Ansichten der Staatsregierung durch die ausdrücklich verlesene Erklärung werden, es werde zu „erwägen“ sein, „ob und eventuell durch welche Maßregeln eine Beschränkung der Auswüchse des Rechts auf Freizügigkeit, welches eine Entvölkerung des Landes und eine ungesunde Bewegung der ländlichen Bevölkerung nach den Industriebezirken und nach den Städten gezeitigt hat, zu erstreben sein wird.“ Der Minister hat versucht, die beklagenswerte Beunruhigung, die durch solche unbestimmt gehaltenen Erklärungen in der Bevölkerung erregt werden muß, dadurch zu beschwichtigen, daß er darauf hinwies, man wolle das Recht der Freizügigkeit selbst nicht antastan, sondern nur seine „Auswüchse.“ Aber indem er diesen noch unbestimmtern Begriff zu definieren versuchte, hat er erst recht die unklare Stellung der Regierung zu der großen Frage, um die es sich handelt, gezeigt und wegen ihrer weitem Behandlung die ernstesten Bedenken nachgerufen. Als einen „Auswuchs“ des Rechts der Freizügigkeit bezeichnete er es nämlich, „daß die übermäßige Abwanderung der Arbeiter nach den Städten, in die Industriebezirke, und zwar ohne Rücksicht auf die Nachfrage nach Arbeit, zur Entvölkerung des Landes, zum Ruin der Landwirtschaft diene.“ Diese ungesunde Abwanderung, fügte er

hinzu, werde vielfach dadurch gefördert, daß man in den Städten in der Wohlfahrtsfrage zu weit und auf dem Lande nicht weit genug gehe, daß man den Arbeitern das Leben in den Städten, selbst wenn sie nicht arbeiten wollten oder keine Arbeit hätten, zu sehr erleichtere, daß dort Vergnügungen geboten würden, die das Land nicht biete usw. — Vergnügungen vielfach recht bedenklicher Art. Weiter sei es ein gefährlicher Auswuchs, daß das Zuwandern zu den Industriebezirken, vielfach über das Maß des wirklichen Bedürfnisses weit hinausgehend, künstlich gefördert werde, sogar zum Nachteil der Arbeiter selbst, weil das übermäßige Arbeitsangebot auf die Löhne drücke. Auch das sei ein Auswuchs der Freizügigkeit, daß, wenn die Industrie vorübergehend die Arbeit einstelle oder einschränke, die Arbeiter brotlos würden. „Das Recht der Freizügigkeit, so schloß er seine Erläuterungen, hat die arbeitende Bevölkerung heimatlos gemacht, von der Scholle, auf der sie geboren, erzogen und wohin sie nach ihrem Beruf gehöre, losgelöst, und meistens nicht zu ihrem Glück. Das Recht auf Freizügigkeit oder dessen Auswüchse hat zu einer unzweckmäßigen, auch den Interessen der Arbeiter widersprechenden Verteilung der Arbeitskräfte geführt.“

Es war nötig, diese Ausführungen des Ministers so eingehend wiederzugeben. Sie kennzeichnen die Lage zum Erschrecken deutlich. Wenn das die „Auswüchse“ sind, die man beseitigen zu sollen glaubt, was bleibt dann anders übrig, als das Recht auf Freizügigkeit selbst zu beseitigen? Da hilft kein Wenn und kein Aber. Klar und unerbittlich liegt diese Konsequenz auf der Hand, und sie wird von den Agrariern gezogen werden mit all der Energie, die ihrer das Ende niemals bedenkenden Begehrlichkeit eigen ist. Es muß unbegreiflich erscheinen, wie die Regierung, die durch so viele Vorgänge gewitzigt sein sollte, sich selbst diese Schlinge um den Hals hat legen können. Der Strick wird angezogen werden, bis ihr der Atem ausgeht. Schon quittiert das führende Blatt der extremen Agrarier, die „Hamburger Nachrichten,“ dankend für die neue Blöße, die dem agrarischen Ansturm geboten ist, mit den Worten: „Die Ursachen der ländlichen Auswanderung nach den Städten sind nicht zu beseitigen, sie liegen in der menschlichen Natur, und es kann demnach in diesem Falle nicht nach dem Recept cessante causa cessat effectus gearbeitet werden, sondern es muß auf dem Wege der Repression vorgegangen werden, da kein anderer gangbar ist.“ Das ist der sozialpolitische Fortschritt, den wir seit sechsundzwanzig Jahren gemacht haben. Mit ihm müssen wir rechnen als mit einer gewaltigen Macht in den bevorstehenden Kämpfen um die wichtigsten sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes.

An einen halbwegs dauernden, ja überhaupt an einen irgendwie und für irgend jemand befriedigenden Erfolg dieses Angriffs gegen die Freizügigkeit ist nach dem Wesen und der ganzen geschichtlichen Entwicklung dieses Rechts gar nicht zu denken. Alles wird nur auf unfruchtbare Experimente, auf weitere Verwirrung der rechtlichen und sozialen Anschauungen hinauslaufen. Wir haben in Preußen die Freizügigkeit seit 1842. Nicht der Norddeutsche Bund hat sie uns beschert. Will man von Staats und Polizei wegen die Verteilung der Arbeitskräfte zwischen Industrie und Landwirtschaft regeln, so unternimmt man nicht etwas, was durch frühere Erfahrungen erprobt ist, sondern eine sozialistische Neuerung, die allen konservativen Grundsätzen ins Gesicht schlägt. Not lehrt beten. Die schweren Zeiten, die die ostdeutsche Landwirtschaft heute auch in der Arbeiterfrage durchzumachen hat, erweckten die Hoffnung, daß endlich auch in ihr eine gesündere soziale Praxis und die rechte soziale Gesinnung zur Herrschaft gelangen würden. Der so vortreffliche Ziele sachgemäß verfolgende, sich von allen Utopien fernhaltende „Verein für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ war wohl geeignet, diesen Erziehungsprozeß in wirksamster Weise zu

fördern. Da kommt das Programm der „Repression“ als das weit bequemere; allem Nohen in der menschlichen Natur nur zu sehr entsprechende Rezept, und es hieße die Natur unsrer agrarischen Bewegung gründlich verkennen, wollte man bei diesen Aussichten der Masse ihrer Anhänger noch irgend welchen guten Willen zutrauen, dem deutschen Arbeiter im Osten wieder Liebe zur Heimat beizubringen. Zwang thuts auch und thuts besser! Wenn der ultramontane Rittergutsbesitzer Szmulda mit seiner Interpellation der dereinstigen Polonisierung der preussischen Ostprovinzen wirklich hätte Vorschub leisten wollen, was er bewußterweise wohl nicht gewollt hat, dann hätte er sich einen bessern Erfolg vorläufig kaum wünschen können, als den, den er gehabt hat. Die des Heimatgefühls beraubten deutschen Arbeiter werden am schnellsten aus der Heimat vertrieben werden durch das neue staatssozialistische Experiment der „Repression.“ Und das nennt sich konservative und nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik!



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die deutschen nationalen und wirtschaftlichen Interessen beim amerikanisch-spanischen Kriegszustande. Spanien kann uns Deutschen, wenn wir auf unsre Geschichte zurücksehen, nicht sympathisch sein. Dem ersten spanischen Habsburger danken wir den dreißigjährigen Krieg und damit Deutschlands tiefste Erniedrigung und Schmach. Er riß die Niederlande vom Reiche los, als er seinen Sohn zum Erben der Rhein- und Scheldemündungen einsetzte, Deutschlands reichster Landschaften. Hochburgund und damit Wömpelgard gingen zugleich dem deutschen Volkstum verloren. Die Glaubenseinheit ist nicht durch Luther und die evangelischen Fürsten, sondern durch Karl V. und die spanischen Jesuiten zerstört worden, denn Deutschland wäre ohne Spaltung für das römische Bekenntnis verloren gewesen. Ohne das hispanische Habsburg wäre die Gegenreformation nicht möglich gewesen, wenn auch in den österreichischen Alpenländern der neue Glaube anfänglich noch nicht tief ins Volksgemüt gedrungen gewesen sein mag. Aber das an sich schon wenig reichstreue, mehr um seine Hausmacht besorgte kaiserliche Geschlecht der Habsburger wurde durch die Politik der spanisch-österreichischen Weltmonarchie gänzlich seinem deutschen Beruf entfremdet, und es war kein Zufall, daß der erste Lothringer auf dem Kaiserthron sein altd deutsches Erbland an Frankreich überließ und das italienische Toskana in kläglichem Vänderschacher dafür eintauschte. Alle diese dem Reiche widerfahrnen Übel waren der Ausfluß der spanischen Weltmachtspolitik, wenn auch deren ursprünglicher Stützpunkt von Madrid allmählich nach Wien herübergeglitten war. Mit Spanien hängen also die dunkelsten Blätter unsrer Geschichte zusammen. In Amerika aber ist ein Drittel der gegenwärtigen Bevölkerung der Union deutschen Geblüts, sodaß ein französisches Blatt mit Recht die Amerikaner als ein Gemisch von Angelsachsen und Deutschen bezeichnet hat. Es wäre deshalb natürlich, wenn uns die Blutsverwandtschaft in das Spanien feindliche Lager triebe, zumal da Frankreich aus demselben Grunde, der noch durch das unwiderstehliche Gebot des Geldbeutels gestärkt wird, der Union entgegentritt. Indessen gerade die Forderungen unsers Volkstums und der Volkswirtschaft zwingen uns auf den entgegengesetzten Standpunkt. Daß der königliche Engländer unser schlimmster natio-